

Liebe Leserinnen und Leser,



Ihr Michael Lohmer

was ist das für eine Zeit, in der wir aktuell Leben? Die Rufe nach Lockerungen werden immer lauter. Es werden zu Recht Perspektiven für Handel, Gastronomie und Hotelgewerbe gefordert und die Öffnungen von Kitas und Schulen werden besonders von Eltern und ihren Kindern sehnlichst erwartet. Zudem trüben Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder schlechte Aussichten den Alltag vieler Menschen. All das macht eine ernsthafte Krise aus. Aber es bleibt nur eins: Konsequenz in der Vorsicht, damit so wenige Menschen wie nur möglich sterben und die Hoffnung nicht aufzugeben, dass das Ziel eines „normalen“ Lebens ganz nah ist. Bleiben Sie gesund und hoffen Sie gemeinsam mit uns, dass wir es bis zum Ende des Sommers über eine der schlimmsten Krisen seit dem 2. Weltkrieg geschafft haben werden.

Zum 1. Mal seit Jahren kann der Haushaltsentwurf keinen Ausgleich erreichen

Der Ergebnishaushalt weist einen Jahresfehlbetrag i. H. v. rund 3,422 Mio. € aus, so Winfried Doege, Stadtratsmitglied und ehem. Vorsitzende.

Den Auszahlungen für Investitionen i. H. v. 20,680 Mio. € stehen Einzahlungen i. H. v. 7,787 Mio. € entgegen, wodurch sich ein negativer Saldo i. H. v. 12,893 Mio. € ergibt.

CDU: „Die Zahlen des vorliegenden Haushaltsentwurfes sind ernüchternd.

Nicht eine schlechte Haushaltsführung ist Ursache dafür, sondern es sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie“, so Doege.

Wir sagten 2020 zum Haushaltsplan: „Sollten einmal die Gewerbesteuer-Einnahmen wegbrechen, werden Einsparungen bei den Ausgaben dies nicht ansatzweise kompensieren können.“ Dies hat sich leider bewahrheitet.

Außerdem liege, so Stadtverbandsvorsitzender Michael Lohmer, das Problem in den Schlüsselzuweisungen des Landes, die erstens zu wenig und zweitens nicht rechtens sind. Darüber urteilte bereits der Verfassungsgerichtshof im Jahr 2014. „Das hat die Landesregierung also endlich neu zu regeln“, äußert sich Lohmer.

2021: Investitionen in Rekordhöhe

Was steht an? Ausbau und Erweiterung verschiedener Kindergärten, Sanierungsmaßnahmen der Kita Am Wall und der Turnhalle, Albert-Schweitzer-Grundschule, eine geplante Verlegung des städtischen Bauhofs, Flächenerwerb und Weiterentwicklung von Neubaugebieten sowie der beschlossene Bau einer Obdachlosenunterkunft.

Wir hoffen, dass der zügige Ausbau der Neubaugebiete sowie die Realisierung der Erweiterung Industriegebiet-Ost zum Zuzug von Neubürgern bzw. Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe führt, verbunden mit einem steigenden Steueraufkommen.



CDU-Antrag: Erneute Anmeldung der Stadt Alzey zum Stadtradeln für 2021

Nach der durch die CDU initiierte und erfolgreiche erstmalige Teilnahme der Stadt in 2020, hat die CDU-Stadtratsfraktion nun erneut den Antrag eingebracht, dass die Stadt Alzey auch im Jahr 2021 wieder an dem 3-wöchigen Projekt „Stadtradeln“ teilnimmt und Bürger, Mitarbeiter, Unternehmen, Schulen usw. für diese Radkampagne motiviert.

In 2020 fand die Radfahrkampagne auf Antrag der CDU erstmals in Alzey statt und wurde „durch die Unterstützung der Politik, vor allem aber durch die Mitwirkung vieler Radfahrenden zu einem Erfolgsprojekt“, argumentiert Stadtverbandsvorsitzender Michael Lohmer.

„Auch in 2021 soll dabei wieder in der Öffentlichkeit, der Verwaltung, bei Behörden, Firmen und im Besonderen in Schulen für eine aktive Teilnahme geworben werden. Wir danken der EWR als Sponsor für 2020“, fasst Michael Lohmer zusammen.

Mobilitätskonzept

CDU: „Fortschreibung des Mobilitätskonzeptes momentan nicht sinnvoll.“

Wieso? Erst einmal die noch offenen Punkte aus dem bestehenden Konzept abarbeiten bevor erneut Geld für etwas Neues ausgegeben wird.

Zum Thema Radverkehr wurde Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Stadtratssitzung angeregt, das Mobilitätskonzept der Stadt fortzuschreiben. Das Konzept befasst sich mit der Ist-Situation aus verkehrsinfrastruktureller Sicht und zeigt Lösungswege/Maßnahmenvarianten für die Zukunft auf, auch, um den Radverkehr zu fördern.

Dieses Konzept ist erst 6 Jahre alt und in vielen Bereichen noch nicht einmal umgesetzt. Viele dieser – aus radverkehrlicher Sicht - noch nicht umgesetzten Punkte, finden sich in den bisher eingereichten Anträgen der Parteien wieder, sollten also erst einmal umgesetzt werden. Dann kann es unserer Meinung nach weiter gehen, äußert sich Stadtratsmitglied Astrid Stork.

Ein Umbau der Alzeyer Infrastruktur dahingehend, dass man das Auto auf längere Sicht aus der Stadt verbannt und durch reinen Rad- oder Fußgängerverkehr ersetzt, kann für Alzey nicht als Ziel gesehen werden.

Das ist auch in unserem ländlich geprägten Städtchen nicht durchsetzbar, da eben viele Menschen aus dem Umland in die Stadt kommen, weil z.B. der ÖPNV der Region nicht auf die Bedürfnisse aller Menschen ausgelegt sein kann.

Wenn es darum geht, Alzey über kurz oder lang zur autofreien Stadt umzubauen, dann wird es seitens der CDU kein „Ja“ geben, weil es an den Realitäten der Menschen vorbeigeht.

Alzey soll fahrradfreundlicher werden. Das gestalten wir seit Jahren aktiv mit Anträgen und Ideen.

CDU für Verbesserung des Radverkehrs

Die CDU legt schon seit langer Zeit einen Fokus auf eine verbesserte Situation im Radverkehr und ganz speziell beim Thema Radweg nach Dautenheim. Konkret hat die CDU auch die vom Ortsbeirat initiierte Unterschriftenaktion im Sommer durch eine erfreulich gut besuchte Familienradtour unter Coronabedingungen unterstützt, so dass an diesem Auftakttag schon viele Unterschriften zusammenkamen.



Allerdings müsse der Radverkehr kreisweit gefördert werden. Daher hat die Kreis-CDU im Dezember im Kreistag einen Antrag zur Erstellung eines Radverkehrskonzeptes eingebracht. Das ist der richtige Weg.

Prinz-Emil geht neue Wege – so manche Vorschläge gehen an der Realität vorbei



Die Idee, das denkmalgeschützte Gebäude (Prinz Emil) für eine gemeinsame Nutzung mit der Kreisverwaltung zu einem Verwaltungsgebäude umzubauen, kann angesichts der vielen Fragezeichen und dem Befürchten einer Kostenexplosion nur Kopfschütteln auslösen.

Jahrelanger Leerstand und jahrzehntelanger Instandhaltungstau führten zu einem maroden Zustand. Zu unüberschaubar scheinen die Kosten, die sich aus Denkmalstatus, Brandschutz, Statik und Barrierefreiheit ergeben.

Nur selten stellt sich die öffentliche Hand bei derart komplizierten Verhältnissen als besserer Bauherr dar, statt einen geeigneten Investor zu finden! Auf Steuerzahlerkosten möchten wir als CDU hier in Alzey kein Schlosshotel-Desaster wie in Bad Bergzabern oder ein Nürburgring-Desaster 2.0 erleben und fürchten, dass sich hier ein Millionengrab herausarbeiten könnte.

2015 wurden die Abrisskosten auf über 1,3 Mio. € geschätzt, Umbausummen 2013 ca. 3.2 Mio. €. Nach heutigem Baukostenindex sind diese genannten Summen heute deutlich höher. Wie teuer wäre dann erst das Prinz-Emil-Projekt mit den speziellen Herausforderungen?

Doch nun geht Prinz Emil neue Wege. Investoren haben ein komplettes Konzept vorgestellt: es zu kaufen, zu sanieren und Wohnraum zu schaffen. Unserer Ansicht nach der beste Weg für Prinz und Stadt.